

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlich: Dr. med. Gumbel in Aue.
Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsanstalt m. b. H. Aue, Erzgebirge.
Kriegsgebiet Erzgebirge.
Jahrespreis: 12.00 Mk.

Abgabe: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 3.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.00 Mk. Bei der Post bestellt und nicht abgeholt vierteljährlich 10.00 Mk., monatlich 3.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 10.00 Mk., monatlich 3.50 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Auf alle Zeitungsanträge und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebenzeitschriften, Zeitungsblätter oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg, Reichsangehörige für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 500 Pfg., sonst 500 Pfg. Bei größeren Abzählungen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 10 Uhr vorm. für Jahrb. im Geg. kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder Postzustellung nicht deutlich lauter ist.

№. 117

Dienstag, den 25. Mai 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Der Reichskanzler hat dem großbritannischen Gesandten in London Mitteilung davon gemacht, daß die Reichsregierung die Einladung zur Konferenz in Spa auf den 21. Juni angenommen hat.

Wie Telegraf aus Washington meldet, hat das amerikanische Repräsentantenhaus die Resolution Knog angenommen, durch die der Krieg mit Deutschland für beendet erklärt wird.

Temps veröffentlicht ein Kablelegramm aus New York, wonach der Gedanke, daß die Schulden der Vereinigten Staaten nur in der Weise zurückgezahlt werden könnten, wie Deutschland Zahlung leistet, für die amerikanische Regierung unannehmbar sei.

Zwischen Katalanien und Stille in Djean hat sich eine osttürkische Republik gebildet. Sowjetrußland will sie anerkennen.

Zusammenarbeit.

Von Vizepräsident Conrad Haackmann, Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung.

Koalition heißt Zusammenarbeiten. Sie ist nie nötiger, als nach einem Zusammensturz. Der deutsche Staat, nach der militärischen Niederlage herrscherlos geworden, mußte, wenn er Staat bleiben wollte, eine neue Herrschaftsgrundlage schaffen. Er schuf sie in der Bestimmung des Artikel 1 der Reichsverfassung vom 11. August 1919: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Die Folgerungen sind klar, ihre Verwirklichung schwer. Das Gesamtvolk kann die Staatsgewalt nicht ausüben, es bedarf dazu begriffennotwendig einer Volksvertretung, und auch diese kann nicht regieren, sondern bedarf einer Regierung. Diese Regierung bedarf aber einer breiten Grundlage im Volk, und darum in der Volksvertretung. Eine solche Grundlage kann nicht eine einzelne Richtung und darum keine einzelne Partei gewähren, denn keine besitzt die Mehrheit, geschweige denn eine große Mehrheit.

Also muß eine Mehrheit von Parteienrichtungen zusammenwirken. Dies darf, wenn es volksverständlich und politisch sittlich sein soll, nicht bloß äußerlich und faktisch versucht werden. Vielmehr ist das Zusammenwirken nur fruchtbar, wenn trotz der Meinungsverschiedenheiten der zusammenwirkenden Parteien eine Ueberzeugung Grundlage geschaffen wird. Sie ist in der Verfassung für alle diejenigen gefunden, welche die Verfassung nicht bloß formell als Gesetz, sondern materiell als Grundgesetz gelten zu lassen entschlossen sind. Dieser Entschluß hat die Demokraten der drei großen Parteien, bürgerliche Demokratie, Zentrum und Sozialdemokratie nicht bloß zusammengeführt, sondern zusammengeknüpft, in der Erkenntnis, daß, nachdem der alte Staat aus den Fugen gegangen war, die Grundmauern des neuen nur in der Gleichberechtigung aller und in dem danach gleichberechneten Einfluß aller Richtungen nach dem feinen Maßstab des Mehrheitsprinzips gefunden und gegründet werden. Diese Machtverteilung ist nicht formell, sondern materiell. Sie ermöglicht und erleichtert die Antwort auf die Fragen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens und der sozialen Besserstellung entbehrender Volksteile nach einem festen und zwingenden Maßstab.

Diese Koalition hat Deutschland über die schlimmsten und furchtbarsten Perioden hinweggeholfen und den Zusammenbruch der Verwaltung und Gesetzgebung hintangehalten. Vieles geschah in Zwangslagen, vieles hätte ohne diese Zwangslagen besser gemacht werden können. Auch ist gewiß, daß, wenn die Vertrauensmänner der bisher von der Verwaltung planmäßig ausgeschalteten Schichten plötzlich und unvorbereitet an der Verwaltung teilnehmen sollen, sie nicht alle Eigenschaften zu einer bestmöglichen Vertretung mitbringen können. Alles was man an persönlichen Fehlern nachweisen kann, sind notwendige Uebel einer künstlich aufgestellten und plötzlich herbeigebrochenen Uebergangzeit. Es sind zudem meistens auch Folgen der leeren Staatskassen und des zerstörten Staatskredits. Die Mengen der Staatsschulden, in die wir hineinsinken, hätte auch keine andere Regierungsart bannen können. Jede nicht demokratische Regierungsart würde aber zugleich den Staat noch mehr zerrütten und erschüttern haben.

Was soll kommen, wenn die Koalition auseinandergeht? Kein Staatsmann und kein Politiker vermag eine Kombination anzugeben, die auch nur ein halbes Jahr überdauern könnte. Kurzlebige Regierungen kann aber das geschwächte Wirtschaftsleben nicht brauchen und nicht ertragen. Die Koalition ist eine mittlere Linie oder richtiger, ein mittlerer Kreis, und dieser Kreis hat die Fähigkeit, alle diejenigen aufzunehmen, welche seinen Mittelpunkt, die demokratische Verfassung zur Grundlage ihrer Mitwirkung im öffentlichen Leben machen wollen. Nur wenn die Sozialdemokratie den Mehrheitsgedanken aufgeben und die Idee der Minderheitsdiktatur als Klassenfront aufzunehmen wolle, nur dann ist der Kreis gesprengt, nur dann würde eine andere Lagebildung aufgedrängt. Wer das aber in den letzten einhalb Jahren nicht

getan hat, der hat sich gegen solche unstaatsmännlichen Spielereien der Versammlungsrhetorik oder der Gesellschaftsverbitterung ziemlich weit gesetzt. Die Verfassung der Klassen braucht zu ihrer Durchführung viele Jahre und viele Mittel. Aber eins der unentbehrlichsten Mittel ist der Anschauungsunterricht, der darin liegt, daß eine breite bürgerliche Schicht die Veranlassung der Arbeiter in ihren wichtigsten Vertrauensmännern zur Teilnahme an Verwaltung und Staatsleitung nicht nur anerkennt, sondern fördert. Nur diese Politik kann staatslich gerichtete Menschen ziehen und heranbilden. Das sind innerpolitische Erwägungen. Sie werden bestätigt und verstärkt durch außenpolitische. Jede Zwischenpolitik wäre stümperhaft, die nicht den Blick auf das Ausland gerichtet hält, denn die Wirtschaft Deutschlands ist von der Weltwirtschaft abhängig und von dieser abgeschnürt durch den Versailler Vertrag. Diese Kette zu lösen, ist die Aufgabe der deutschen Staatskunst. Die Aufgabe kann gelöst werden, weder mit Gewalt noch mit List, sondern nur durch Vertrauen in die Stabilität der deutschen Staatskraft und des deutschen Rechtsinnes. Man frage sich, was derjenige Bruchteil des Auslands, bei dem sich Gerechtigkeitsinn und Wohlwollen für Deutschland zu regen beginnt, von der Betätigung des wirtschaftlichen Vertrauens verlangen wird. Ruhige Zustände! Ohne ruhige Zustände ist keine Förderung geförderbar, ohne ruhige Zustände gewährt keiner Kredit, weder wirtschaftlich noch politisch. Ruhige Zustände kann nur die Koalition und sonst niemand Deutschland gewährleisten, denn die Koalition heißt ja Wirken der demokratischen Staatsbürger in den Städten und auf dem Lande, im Bürgertum und in der Arbeiterschaft, im Norden und Süden, ohne Unterschied der Konfessionen unter Abwehr der heftigen Extremes auf der äußersten Linken und äußersten Rechten. Der deutsche Wähler leidet und lernt, er weiß, um was es geht und darum wird er bei der bevorstehenden Wahl am 8. Juni 1920 der Koalition eine starke Mehrheit verschaffen und den Auftrag geben: Zusammenwirken und Deutschland gemeinschaftlich emporbringen!

Wahlpflichten der Frau.

D. V. A. In der Kieler Jtg. appelliert Frieda Kühne, Altona an das Willkürgefühl der Frauen im Wahlkampf. Sie hebt hervor, daß die Frauen der Linksparteien von langer Hand politisch und parlamentarisch angeleitet wurden von ihren männlichen Freunden während die ganz rechts gerichteten Frauen noch erzogen sind zu der Ueberzeugung, daß Dienen, auch dem Vaterlande dienen, nur in unmittelbarer Unterordnung unter den Mann denkbar ist. Am günstigsten stehen die Frauen der Mitte da, die von Liberalen, von demokratischem Geist erfüllt, schon längst den Bedarf ihrer weitschauenden Führerinnen folgend, sich politisch schulen ließen, lebhaften Anteil nahmen an der Politik und lernten, sie kritisch zu verfolgen. Aber für alle Teile, für die Angeleiteten, die Angeleiteten und die Geleiteten ist noch viel nachzuholen, bis sie alle tauffeste Mitarbeiterinnen im politischen Leben sein werden. Die berufstätige Frau — gleichgültig welchen Standes — hat wieder einen Vorprung vor der Hausfrau und Familienmutter, die leider so häufig noch den innigen Zusammenhang zwischen Haus und Staat, den unmittelbaren, entscheidenden Einfluß politischer Beschlüsse und deren Rückwirkung auf das Eigenleben und der Kinderzukunft übersehen. In ihr müßten wir das Verlangen, mitbestimmen, mitzudenken zu können, nicht nur im Haus, sondern auch im Staatsregiment, stärken. Die Hausfrau aller Stände muß begreifen lernen, daß ihre Stimme als Wählerin genau so wichtig ist, wie die des Mannes, sie muß die Ueberzeugung gewinnen, daß ihre besonderen Wünsche, die um das Gelingen der Familie, den Ausbau des Bildungswesens, um Volkserziehung, und Volkswirtschaftlichen Kreisen, die allerbeste Aussicht auf baldige Erfüllung, nur finden können, wenn sie mitwirkt, daß neben wichtigsten Männern lebenserfahrene, sachverständige Frauen in allen Parlamenten an Deutschlands Geschicken mitzudenken können. Die Stellung einer Partei zu dieser Frauenfrage verrät sich untrüglich dadurch, ob man an sicherer Stelle — der neuen Gleichberechtigung der Geschlechter ein Opfer bringend — und wenn es ein schmerzliches sei — den Frauen einen Platz gab. Eigene Arbeit der Frauen ist dazu nötig, untätig das Heil von den Männern zu erwarten, wäre töricht. Noch fehlt den Frauen die treue Stütze — die Gewöhnung. Noch fehlt vielen die innere Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Stimmabgabe. Eingehämmert muß sie werden in endloser Wiederholung, bis die letzte Frau begreift, daß Volk und Vaterland verlorbert sind in der eigenen Familie, in der engsten Heimat und daß, wer diese liebt, wer diese schützen möchte, hilflos bleibt, hilflos bleibt, wenn der Tag ihn ruft. Jede Zusammenkunft von Frauen, Familienfeste, Freundeskreise, sogar friedliche Kaffeekränzchen, gibt es immer noch — muß benutzt werden, die Frauen zu ermuntern, ihnen die Gründe klar zu machen für die Wichtigkeit ihrer Stimme. Verloren geht so nach der Milderung des Wahlsystems keine Stimme mehr. Alle dienen der eigenen Partei. Auch fernab im öffentlichen Wahlkampf, in der Stille des Hauses, des Erwerbslebens, hat die Frau es in der Hand, einen wesentlichen Teil ihrer

öffentlichen Pflichten zu erfüllen. Der Verdacht mit Hausgenossen, mit Angehörigen, mit Wählerinnen gibt reichlich Gelegenheit, den Gedanken zu pflegen, daß es als Schande aufgefaßt werden muß, seine erste und größte Staatsbürgerpflicht zu vernachlässigen. Sorgfältiges Studium der Parteiprogramme vergleichendes Prüfung, Ergründung der Unterschiede, Stellungnahme zu den einzelnen Forderungen, besonders auch, soweit sie auf das weibliche Geschlecht Bezug haben, müßte jeder wohlberechtigten Frau Bedürfnis sein. Die Folge wird sein, daß diese Frauen aufklärend weiterwirken werden und so durch kleine Leistungen dem Vaterlande große Dienste tun. Größte Opfer an Blut und Gut haben deutsche Frauen dem Vaterlande mit heißem Herzen gebracht. Die logische Folge muß ja sein, daß diese Frauen, um ihren Opfern über den Zusammenbruch hinaus Kraft zu geben — damit sie nicht vergeblich waren — neu empfangenes Recht mit Begeisterung wahrten. In diesem Recht sollen sie ein Instrument sehen, mit dem sie in unblutigem Kampf einen stolzen Sieg der Verdächtigten über alle Unruhe und Verfahrtheit erringen müssen.

Krankenkassen und Aerzte.

Von Dr. med. Gumbel in Aue.

Ueber die Streitigkeiten, die zwischen Aerzten und Krankenkassen schon seit vielen Jahren schweben, bringt auch der in der Nummer vom 22. Mai d. J. abgedruckte Artikel des Ortskrankenkassenverbandes der Umshauptmannschaft Schwarzenberg wenig Klarheit, sobald es angebracht erscheint, einmal vor dem Publikum, dem in großen und ganzen die Verhältnisse unbekannt sind, die Sachlage zu besprechen. Drei Forderungen haben die Aerzte seit vielen Jahren den Krankenkassen gegenüber aufgestellt und für sie unermüßlich gekämpft: 1. Anerkennung der ärztlichen Organisation, 2. freie Arztwahl und 3. angemessene Bezahlung. Die Aerzte hatten zu ihrem Schaden allmählich bemerkt müssen, daß die Bezahlung durch die Krankenkassen besonders in den größeren Städten von Jahr zu Jahr geringer wurde; anstatt die Aerzte nach ihren Leistungen voll zu bezahlen, mußten sie vielfach Rabatte geben oder es wurde ein sogenanntes Pauschale eingeführt; die Krankenkassen waren jährlich eine gewisse Summe aus, in die sich die Kassenzurzte zu teilen hatten. Die Rechnungen wurden vierteljährlich eingereicht; da nun aber bloß die ausgeworfene Summe zur Verfügung stand, so wurden die Rechnungen prozentual gekürzt. Auf diese Weise geschah es, daß auf einen ärztlichen Besuch einschl. Untersuchung des Kranken und Verordnung oft bloß 50 Pfennige, auf eine Beratung in der Sprechstunde etwa 30 Pfennige kam, während ein Dienstmann für einen Weg, der ihm eine Viertelstunde Zeit kostete, eine Mark verlangte. Viele Krankenkassen schrieben frei gewordene Kassenzurzte aus, unter den Bewerbern wurden die, die die billigsten Angebote machten, gewählt. So unterboten sich die Aerzte oft gegenseitig und mußten zu Hungerlöhnen frondieren berichten. Da der einzelne Arzt einer Krankenkasse gegenüber genau so wie der Arbeiter seinem Arbeitgeber gegenüber vielfach machtlos ist, waren natürlich die Aerzte einer Krankenkasse gegenüber in argem wirtschaftlichen Nachteil. Ob wurden die Bedingungen diktiert, der oder die Kassenzurzte mußten sie annehmen oder ablehnen; taten sie das letztere, so hieß es: nun so holen wir andere Aerzte. Nun sah auch der wirtschaftlich unerfahrenste Arzt ein, daß er mit diesem System bloß seine Kräfte für ärztlichen Lohn verbrauchte, und der Gebante einer strengen Organisation, in der die Arbeiter uns vorbildlich waren, wurde mit Freuden ergriffen, so daß jetzt fast alle Praxis treibenden Aerzte organisiert sind. Diese Organisation wurde von Leipziger Aerzten gegründet und heißt daher kurz der Leipziger Verband.

Die Gerechtigkeit erfordert anzuerkennen, daß nicht alle Krankenkassen Deutschlands diesen oben geschilderten Herrenstandpunkt vertreten haben, daß bei einer nicht geringen Zahl von Krankenkassen ein gutes Verhältnis zu den Aerzten bestand; doch waren früher die ärztlichen Standesblätter voll von solchen Klagen, die auch jetzt noch nicht ganz verstummen wollen. Der Aerzteverband besaß sich natürlich nicht mit Politik sondern nur mit rein wirtschaftlichen Fragen. Nun hatten wir genau dieselben Schwierigkeiten in der Anerkennung unserer Organisation wie die Gewerkschaften der Arbeiter; die Krankenkassen als andere betragende Partei wollten dies alles nicht von ihr wissen, sie erklärten, die Organisation ginge sie nichts an, sie verhandelten bloß mit den einzelnen Aerzten. Daß die Betriebskrankenkassen, deren Vorstände Industrielle sind, Verhandlungen mit der Aerzteorganisation ablehnten, fanden wir verständlich, sie erkannten vom Jeher keine gewerkschaftliche Organisation an, also war es nur folgerichtig, wenn sie auch unsere Organisation als nicht vorhanden betrachteten. Um meisten hat uns aber betroffen, daß Herr Frähdorf, der ehemalige verdienstvolle Leiter der Dresdener Ortskrankenkasse und Vorstand des Ortskrankenkassenverbandes, ein Führer der Sozialdemokratie, dem doch das Koalitionsrecht ein heiliges ist, früher immer und immer bei Krankenkassenversammlungen betonte: ärztliche Organisationen gibt es für uns und Kassenvorstände nicht, die Verträge werden mit den einzelnen Aerzten geschlossen. In den letzten Jahren — es ging nämlich nicht gut anders — mußte er end-